

mitte drin

Ausgabe 02 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Der Mietendeckel – Gemeinschaftserfolg von r2g und Bewegung

In unserer Gesellschaft vollziehen sich gegenläufige Tendenzen. Zum einen sind wir mit einem Rechtsruck bis weit in die Mitte der Gesellschaft konfrontiert. Gleichzeitig besteht ein gesellschaftlicher Aufbruch von progressiven Kräften von der MieterInnen- bis zur Klimaschutzbewegung.

Diese fortschrittlichen Bewegungen eröffnen Räume, in denen kapitalismuskritische Fragestellungen diskutiert und entsprechende Forderungen erhoben werden, und diese Räume müssen wir LINKE nutzen.

Die strategische Herausforderung für DIE LINKE Berlin besteht darin, aus diesen fortschrittlichen Bewegungen heraus linke parlamentarische Mehrheiten zu organisieren und die Wechselwirkungen von Bewegung und Institutionen fruchtbar zu machen. Dieser Weg ist nicht frei von Widersprüchen und Rückschlägen, kann aber zu Erfolgen führen, wenn die Bewegung den Druck aufrechterhält und DIE LINKE gemeinsam mit der Bewegung

konkret umsetzbare Konzepte entwickelt. Ein herausragendes aktuelles Erfolgsbeispiel ist der am 30. Januar im Abgeordnetenhaus beschlossene Mietendeckel, der nach allgemeiner Einschätzung dazu führen wird, dass die Mieten in Berlin endlich spürbar sinken werden.

Ausgangspunkt war und ist die nicht zuletzt durch Spekulation hervorgerufene Mietpreisexplosion in Berlin, die das in Artikel 28 Absatz 1 der Verfassung von Berlin verankerte Recht auf angemessenen Wohnraum zur Makulatur werden ließ und zu Angst, Armut, Verdrängung und sozialer Ausgrenzung geführt hat.

Vor dem Hintergrund dieser Verheerungen auf dem Wohnungsmarkt hat das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne in Berlin in die Debatte eingebracht und damit die Eigentumsfrage in einer Art und Weise gestellt, wie es vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.



Katina Schubert, Landesvorsitzende der Berliner Linken

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten verhindern

Dieser Forderung des Bundesaußenministers muss man zustimmen. Ellen Brombacher fühlt sich erinnert an Tatsachen, die nicht vergessen werden sollten.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Vom Münchener „Klinikum rechts der Isar“ nach Berlin

Ob Berlins Mietpolitik den gebürtigen Münchener hierher zog? Prof. Dr. Andreas Umgelter erhofft die gleiche Neuorientierung für das Gesundheitswesen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Der Mietendeckel – und was Berliner darüber wissen

Die meisten von uns haben schon davon über Zeitung oder Fernsehen einiges mitbekommen. Stadtwanderin Irene Runge hat sich umgehört und viel erfahren.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Auftaktveranstaltung in Berlin-Mitte zum Wahljahr 2021

Möchtest du wissen wie in unserer Partei ein Wahlkampf vorbereitet und durchgeführt wird? Hast du schon mal über eine Kandidatur nachgedacht, bist dir aber unsicher, was auf dich zukommen würde? Willst du frühzeitig bei der Vorbereitung des Wahlkampfs mitmachen und möchtest du politische Schwerpunkte für den Wahlkampf mitbestimmen? Dann komm vorbei!

Freitag, den 21.02.2020 von 17.00 – 19.30 Uhr

im Saal 1, Karl-Liebknecht-Haus (Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Gesunde Kitas - auch in 2020 und 2021

Am 20.01.2020 kamen im Olof-Palme-Zentrum Vertreter*innen von 16 Kitas und ich als Bezirksstadträtin für die Unterzeichnung der Durchführungsvereinbarung zum Landesprogramm „Kitas bewegen - für die gute gesunde Kita“ zusammen.

Das seit 2012 bestehende Programm möchte, dass der Kita-Alltag so gesund wie möglich ist - sowohl für die Kinder als auch die Mitarbeitenden. Bereits im November 2019 unterzeichneten hierfür die Partner des Landesprogramms die Vereinbarung für die mittlerweile fünfte Umsetzungsphase. Es waren Vertreter*innen vom Land Berlin, den acht teilnehmenden Bezirken und den 13 Kooperationspartnern aus dem Bildungs- und Gesundheitsbereich anwesend. Zusammen hat man sich dazu verpflichtet, auch in 2020 und 2021 teilnehmenden Kitas systematische und bedarfsgerechte Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer Bildungs- und Gesundheitsqualität zu liefern. Dies umfasst Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote, Multiplikator*innenschulungen, Fachtage und vieles mehr.

Für das Ziel der gesunden Kita werden alle Beteiligten einbezogen: Kinder, pädagogische Fachkräfte, Eltern und Träger. Das Zusammenwirken dieser verschiedenen Menschen ist eine wichtige Voraussetzung, die Gesundheit und Bildung von Kindern zu



Einsatz für verbesserte Gesundheit unserer Kita-Kinder
Fotoquelle: Christian Zielke, BA Pressestelle

fördern. Seit dem Start des Programms hat sich die Anzahl der Kooperationspartner stetig erhöht. Noch viel schöner ist aber, dass auch die Anzahl der teilnehmenden Kitas gewachsen ist. In Mitte sind es für die neue

Umsetzungsphase 16 Kitas. Einige davon haben schon einmal teilgenommen, viele sind jedoch neu dabei. Alle sind hochmotiviert und berichteten in der Unterzeichnungsveranstaltung von ihren Erwartungen und Hoffnungen an die Umsetzung.

Diese 16 Kitas werden das Programm letztendlich mit Leben füllen. Kitaleitungen, Erzieher*innen und die dahinterstehenden Träger haben sich wohlüberlegt für dieses Programm entschieden und sind offen und engagiert, um sich noch zusätzlich zu ihrer täglichen und nicht immer leichten Arbeit dem Ziel des Landesprogramms anzuschließen. Sie werden Kindern eine gesunde Lebensweise und Freude an Bewegung vermitteln.

Prävention muss umfassend und langfristig wirken. Ich hoffe daher, dass die Unterzeichnung der Start ist, dass Gesundheitsthemen nachhaltig in die täglichen Arbeitsprozesse eingebunden werden und dass Land, Bezirk und Kitas sich auch in 2020 und 2021 erfolgreich gemeinsam der Aufgabe der gesunden Kita stellen.

Ramona Reiser

Aus der BVV

Die BVV erkennt den Klimanotstand an

In der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte vom 23. Januar gab es gleich zwei Premieren:

Zum ersten Mal nutzte die BVV elektronische Abstimmungsgeräte während der Sitzung. Die Hoffnung ist, dass so Abstimmungen schneller vonstatten gehen können und man leichter einen Überblick erhält, welche Fraktion wie abstimmt. Während es aufgrund der Eingewöhnung noch etwas mit der Geschwindigkeit haperte, ermöglichte das System bereits eine gute Visualisierung der Abstimmungsergebnisse innerhalb der BVV. Die zweite Premiere ist, dass die BVV den Klimanotstand anerkannt hat. Damit ist Mitte der dritte Bezirk in Berlin, der dies tut.

Der gemeinsam von Linken, SPD und Grünen eingebrachte Antrag sieht vor, dem Klimaschutz Priorität einzuräumen. Das heißt unter anderem, dass das Bezirksamt bei der Beurteilung all seiner Entscheidungen und bei jedem Ersuchen der BVV die Klimaverträg-

lichkeit des Vorhabens prüfen und die klimafreundlichste Alternative wählen soll. Es soll zudem ein Klimaschutzkonzept entwickelt werden, in dem sich mittel- und langfristige Maßnahmen finden, um die Klimabilanz des Bezirkes stückweise zu verbessern.

Eine solche Maßnahme hat die Linksfraktion vorgeschlagen, indem sie den Antrag „Stadtklima verbessern, Grünflächen entsiegeln“ einbrachte, in dem das Bezirksamt ersucht wird, die Grünflächen im Bezirk zu erfassen, die zwar als Grünflächen und Grünanlagen geführt sind, deren Flächen aber zum Teil oder zur Gänze versiegelt sind, und dann zu prüfen, ob für diese versiegelten Flächen temporäre Nutzungen sinnvoll sind und wenn nicht, diese Flächen zu entsiegeln. Denn im Bezirk Berlin-Mitte gibt es einige Flächen, die zwar als Grünflächen ausgewiesen sind, sich aber durch eine hohe Betondecke auszeichnen. Darum ist es wichtig, dort, wo es möglich ist, diese Fläche zu entsiegeln, um

so das Stadtklima zu verbessern und weitere Versickerungsflächen zu schaffen. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Umwelt, Natur, Verkehr und Grünflächen geschoben, wo er weiter beraten wird.

Andreas Böttger

Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV von Berlin-Mitte

Weitere Informationen zur BVV finden sich auf www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Linke - Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Man stelle sich vor, ...

... iranische Militärkräfte töteten zum Beispiel Mike Pompeo mit der Begründung, er hätte das Blut vieler Menschen an den Händen. Nein – das stellen wir uns lieber nicht vor! Nur das besonnene Verhalten der iranischen Führung, die man nicht mögen muss, verhinderte nach der Tötung Soleimanis durch die US-Army einen militärischen Konflikt, von dem keiner sagen kann, wie er geendet hätte.

Es ist gut, dass der Bundesaußenminister Maas am 19. Januar 2020 bekundete: „Wir wollen einen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten verhindern.“ „Wir sollten nicht so tun“, so Maas weiter, „als würde sich mit einem von außen herbeigeführten Regimewechsel in Teheran die Lage automatisch verbessern. Das ist woanders auch schon gehörig schiefgegangen, etwa im Irak.“

Dem ist zuzustimmen – und: Das gilt ebenso für Libyen. Oder für Syrien. Dort funktioniert zwar der Regimewechsel nicht, doch um welchen Preis. Vergessen hat Maas auch den Jemen und so manch anderes Land, das gezwungen werden soll, nach US-amerikanischer Pfeife zu tanzen. Und die NATO ist fast immer dabei. Für April und Mai 2020 bereitet die NATO eines der größten Manöver in Europa seit Ende des Kalten Krieges vor – an der Ostflanke des Bündnisses, möglichst nah an der



Karikatur: Klaus Stuttmann

russischen Grenze. Allein der Zeitpunkt ist schon ein Skandal. Am 8. und 9. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung, marschiert auch deutsches Militär wieder an die russische Grenze. Gedenken wir am 8. Mai der

unerhörten Opfer, die gerade die Sowjetunion für die Befreiung Europas erbrachte, und beteiligen wir uns an den Aktionen gegen das Großmanöver „Defender 2020“.

Ellen Brombacher

Dringend benötigte Parkplätze für die Anwohner oder eine Wiese auf dem Mittelstreifen im II. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee?

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz will Grünstreifen. 2014 stimmte die Mehrheit bei der Bürgerbefragung für die Beibehaltung der Parkplätze – auch entsprechend den Auflagen für das angestrebte Weltkulturerbe

Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz will informieren. Bürger sagen ihre Meinung beim

Bürgerdialog am

MONTAG, 10. FEBRUAR 2020, 18.30 Uhr, Einlass ab 18.00 Uhr

**KINO INTERNATIONAL
KARL-MARX-ALLEE 33**

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Fortsetzung von Seite 1: Der Mietendeckel – Gemeinschaftserfolg von r2g und Bewegung

Dieser Druck aus der Stadtgesellschaft, diese gewandelte gesellschaftliche Stimmung und das gelungene Zusammenspiel von institutioneller Politik in Gestalt unserer Partei und der rot-rot-grünen Landesregierung mit den MieterInnen-Initiativen schufen die Voraussetzungen für einen Mietendeckel, der einen tiefen Eingriff in die Verwertungslogik der Immobilienunternehmen darstellt und das Verfügungsrecht über ihr Eigentum im Interesse der Berliner

MieterInnen und gemäß der Berliner Verfassung deutlich beschränkt. Einen so weitreichenden Eingriff in den Mietenmarkt hat bislang keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik gewagt und auch wenn das Gesetz aus Sicht vieler unabhängiger Rechtsexperten rechtssicher ist, besteht immer dann, wenn juristisches Neuland betreten wird, das Risiko, zumindest teilweise vor Gericht korrigiert zu werden. So oder so hat sich Rot-Rot-Grün mit dem Mieten-

deckel in einen dynamischen Prozess der Gesellschaftsveränderung für bezahlbaren Wohnraum begeben. Das Erfolgsbeispiel Mietendeckel macht Mut und zeigt, dass relevante gesellschaftliche Veränderungen in vielen Bereichen möglich sind, wenn Bewegung und institutionelle Politik unter Beachtung ihrer unterschiedlichen Rollen an einem Strang ziehen.

Katina Schubert

Landesvorsitzende der Berliner Linken

Menschen in Mitte

Andreas Umgelter:

Neuorientierung für Gesundheitswesen wie in der Mietenpolitik!

Andreas Umgelter wünscht sich die gleiche Neuorientierung für das Gesundheitswesen wie bei der Mietenpolitik des Berliner Senats. „Im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen und nicht der Profit“, fordert der Chefarzt der Rettungsstelle des Vivantes-Humboldt-Klinikums in der Hauptstadt.



Prof. Dr. Andreas Umgelter

nen Chefarzt suche. Schnell entschlossen wechselte er in den Gebäudekomplex in Reinickendorf. Seine Frau fand dort ebenfalls eine Stelle.

Im Umzugsgepäck war auch sein Parteibuch der DIE LINKE. „Nach NATO-Doppelbeschluss und Asylkompromiss erschien mir die deutsche Sozialdemokratie verkommen und eine sozialistische Alternative mit parlamentarischer Präsenz dringend notwendig und viel spannender“, begründet er seinen Eintritt 1995 in den Kreisverband München der Partei des Demokratischen Sozialismus. Heute, in Berlin, gehört Andreas zur Basisorganisation LEO in Wedding, wohnt in der Oranienburger Straße. Er wünscht sich mehr Transparenz und Offenheit des Parteilebens. „Es ist schon Gold wert, dass die Bundesregierung auf immer neue Kleine und Große Anfragen unserer Partei im Bundestag antworten muss, ob zu wachsenden Waffenexporten, zur Kinderarmut oder zu Flüchtlingsabschiebungen“. Der Vater von zwei Kindern wünscht sich eine Medizin und eine Gesellschaft, wo der Mensch nicht Mittel zum Zweck eines anderen ist. Und er ist überzeugt davon, dass der Kapitalismus keine Lösungen für die Zukunftsfragen der Menschheit bietet.

Gefreut hat sich Prof. Dr. Umgelter, dass seine Tochter mit Freunden extra aus München zur jüngsten Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in seine neue Heimat gekommen ist. Auch so sind die Bayern!

Matthias Herold

Sprechzeiten der Bezirksvorsitzenden

Jeden Mittwoch findet von 16 bis 19 Uhr

eine Sprechstunde der **Bezirksvorsitzenden Zhana Jung** in der Geschäftsstelle für alle Genoss*innen, Sympathisant*innen und Interessent*innen statt.

Karl-Liebknecht-Haus,
Zimmer 113,
Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

„Die städtischen Kliniken sind ein Juwel, sie müssen in Berliner Hand bleiben – so kann Berlin zeigen, wie eine demokratische Medizin des 21. Jahrhunderts aussehen soll. Wir müssen andere Prioritäten schaffen, Fürsorge statt schwarze Nullen und das Diktat der Geschäftemacher beenden. Bundesgesundheitsminister Spahn macht viel Lärm, doktort aber nur an Symptomen herum“, meint der 53-jährige gebürtige Münchner.

Der Sohn des Regisseurs und Schauspielers Fritz Umgelter studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität und hatte zuletzt als Oberarzt und Professor für Innere Medizin am „Klinikum rechts der Isar“ der Technischen Universität München gearbeitet. 2017 informierte ihn ein Freund per SMS, dass die Notaufnahme des Vivantes-Humboldt-Klinikums dringend ei-

Kurznachrichten

► Frauen weltweit ausgebeutet

Sie leisten täglich über zwölf Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit – weltweit! So die Entwicklungsorganisation Oxfam in einem aktuellen Bericht. Frauen schaffen zu Hause: sie kochen, putzen, ziehen Kinder auf, pflegen kranke Angehörige – und sie sind häufiger von Armut betroffen. Und wer profitiert von dieser Ungleichheit?

► Immer mehr Beschäftigte über 60

Die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen über 60 Jahre hat sich seit 2007 fast verdreifacht – von damals 903 488 Personen auf 2,6 Millionen im Jahr 2018. Das erklärte die Bundesagentur für Arbeit (BA) auf eine Anfrage der LINKEN im Bundestag. Der Anteil der über 60-Jährigen lag im Jahr 2007 bei 3,34 Prozent der Beschäftigten, 2018 bei 7,93 Prozent.

► Bedarf an Erzieher*innen steigt

In den letzten fünf Jahren ist ihre Zahl um ein Drittel auf nun rund 700 000 Beschäftigte gestiegen. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sieht die Hauptursache in den wieder steigenden Geburtenzahlen, im Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren und im geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen. Bereits heute sind offene Stellen schwer zu besetzen.

► In Berlin wohnen nun 3,65 Millionen

Die Bevölkerung wuchs in den ersten drei Quartalen 2018 nur um 11.700. Das ist der geringste Zuwachs seit dem Jahr 2011, so das Statistikamt Berlin-Brandenburg. Der Trend hält an, dass vor allem Deutsche ins Berliner Umfeld abwandern. 12.600 zogen zwischen Januar und Ende September ins Brandenburger Land. „Der Rückgang der deutschen Bevölkerung wird weiterhin durch das Wachstum der ausländischen Bevölkerung mehr als ausgeglichen“, sagen die Statistiker.

► Thüringer Bratwurst in Gefahr?

Sie besteht ausschließlich aus Schweinefleisch und ist als regionale Spezialität von der EU geschützt. Jetzt meldete das Statistische Landesamt, dass der Bestand an Schweinen 2019 allein in dem halben Jahr vom Mai bis zum November um 28.600 auf 691.200 Tiere zurückging. Das sind rund vier Prozent. Erfasst wurden Betriebe, die mindestens 50 Schweine oder zehn Zuchtsauen halten.

► Auf dem ersten Platz der Spatz

Das haben 2.800 Berlinerinnen und Berliner bei der diesjährigen „Stunde der Wintervögel“ in über 1.900 Gärten der Stadt gezählt – 64.000! Das sind fast 34 Piepmätze pro Garten und Stunde. 2011 waren das noch vier mehr. Der Haussperling behauptete wie in allen Jahren zuvor den Spitzenplatz.

Bei anderen gelesen

► Provokationen erhöhen die Kriegsgefahr

Die fortschrittliche Menschheit gedenkt im Mai des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Die NATO begeht das Jubiläum auf ihre Weise. Sie hält im April und Mai an der russischen Grenze unter dem Namen „Defender 2020“ das größte Manöver seit 25 Jahren ab. Die FAZ legte am 31. Oktober die Absichten dar: „Jeder Angreifer, gemeint sind hier natürlich russische Verbände, soll wissen, dass man es beim Angriff auf einzelne Truppenteile des Bündnisses alsbald mit der ganzen Wucht der NATO zu tun bekommt.“

„RotFuchs“, Januar 2020

► Von Werten zu Worthülsen

Die CDU versagt bei der Anwendung ihrer eigenen Prinzipien im Umgang mit Rechten. Diese Methode, die jeder Jura-Student früh lernt, wie man ein Grundprinzip, ein Gesetz, auf das echte Leben verwendet, heißt „Subsumtion“. Die CDU hat im vergangenen Jahr immer wieder auf ihre Regeln und roten Linien gepocht, vor allem in der Abgrenzung nach rechts. An der praktischen Anwendung scheiterte sie desaströs. Ihr theoretisch festgelegter Kurs war bisher: Keine Koalition, keine Zusammenarbeit mit der Rechtspartei. Doch in Ostdeutschland, wo die Funktionärselite in Berlin fern ist und die AfD-Kollegen aus der Nachbarschaft umso näher, erodiert diese eiserne Regel. Der aktuelle Fall heißt Robert Möritz im Vorstand des Kreisverbandes mit einem Tattoo einer rechtsextremen „schwarzen Sonne“ in Sachsen-Anhalt.

„Der Spiegel“, Nr. 52 vom 21.12.2019

Durch Beschlagnahme Obdachlosigkeit verhindern

Im Wedding droht Daniel Z. mitten im Winter eine Zwangsräumung

Daniel Z., der seit über 30 Jahren in der Transvaalstraße im Wedding wohnt und wegen des untragbaren Zustands seiner Wohnung die Miete gemindert hat, bekam im letzten Jahr eine Kündigung, die gerichtlich bestätigt wurde. Eine Zwangsräumung konnte durch ein ärztliches Attest bis zum 31. Januar 2020 verschoben werden.

erarbeitet und brachte ihn in die BVV ein. Er wurde mit den Stimmen von Linken, Grünen und Piraten sowie zwei der SPD mehrheitlich angenommen. CDU und AfD stimmten dagegen.

Katharina Mayer stützt ihren Antrag auf ein Gutachten, das der Wissenschaftliche Dienst des Berliner Abgeordnetenhauses im Auftrag der Linksfraktion im Februar 2019 erstellt hat.



Das Wohnhaus im Wedding, in dem Daniel Z. die Zwangsräumung droht

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39

13353 Berlin – Wedding

Tel.: 030 – 547 13 449

(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)

bueno.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr

Mittwoch 13 – 18 Uhr

Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de

www.tobiasschulze.berlin

Twitter: @sprengbuero

„Wir wollen verhindern, dass Daniel mitten im Winter auf die Straße gesetzt wird. Deshalb fordern wir, die drohende Zwangsräumung und die damit verbundene Obdachlosigkeit durch eine vorübergehende Übernahme der Wohnung durch den Bezirk zu verhindern“, erklärte Maja Prause von der Stadtteilinitiative „Hände weg vom Wedding“. Auf der Kundgebung direkt vor dem Eingang zum Rathaus Mitte waren ungefähr 30-40 Teilnehmer. Die meisten gingen anschließend hinein zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV), denn gleich zu Beginn gab es eine Einwohneranfrage zu Obdachlosigkeit und Wohnungsbeschlagnahme.

Katharina Mayer von der LINKEN antwortete, dass Zwangsräumungen eine Verletzung des Menschenrechts auf Wohnen sind. Sie hat bei einem Treffen mit „Hände weg vom Wedding“ und dem Betroffenen, Daniel Z., einen entsprechenden Antrag auf Beschlagnahme

Dort heißt es: „Die Ordnungsbehörden sind befugt, durch eine ordnungsrechtliche Beschlagnahme von Wohnraum auf der Grundlage von § 17 Abs. 1 ASOG eine unmittelbar drohende Obdachlosigkeit zu verhindern.“

Bezirksstadtrat Ephraim Gothe (SPD) erklärte allerdings: Da der Bezirk in der Lage sei, eine Person, die zwangsgeräumt wird, unterzubringen, könne die Wohnungsbeschlagnahme nicht zur Anwendung kommen. Mit Recht argumentiert die Weddinger Initiative dagegen, dass die Unterbringung in Wohnungslosen-Unterkünften nichts mit menschenwürdigem Wohnen zu tun habe. Tatsächlich hat der erst vor wenigen Tagen veröffentlichte Jahresbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte festgestellt, dass die allzu geringen Standards, die an diese Unterkünfte angelegt werden, mit dem Recht auf menschenwürdiges Wohnen nicht vereinbar seien.

Rainer Scholz

Auf der Suche nach dem Mietendeckel

Häuser geben keine Geheimnisse preis, Vermieter und Mieter lernen, dass „Mietendeckel“ kein neuer Name der Mietpreisbremse ist, sondern ein Berliner Unikat der Wohngerechtigkeit. Ich weiß es vom Hörensagen und durchs Pro und Contra der Medien. Wir wohnen 20 Jahre beim gleichen Privaten, Kaltmiete ok, Nebenkosten steigend, der Mietendeckel wird das nicht verhindern.

Wer allerdings wie der Weddinger IT-Mann keiner Politik traut, denkt und sagt, Mieter wie er würden nach dem Deckeln weit höhere Nebenkosten zahlen, denn kein Vermieter verzichte auf sein Geld.

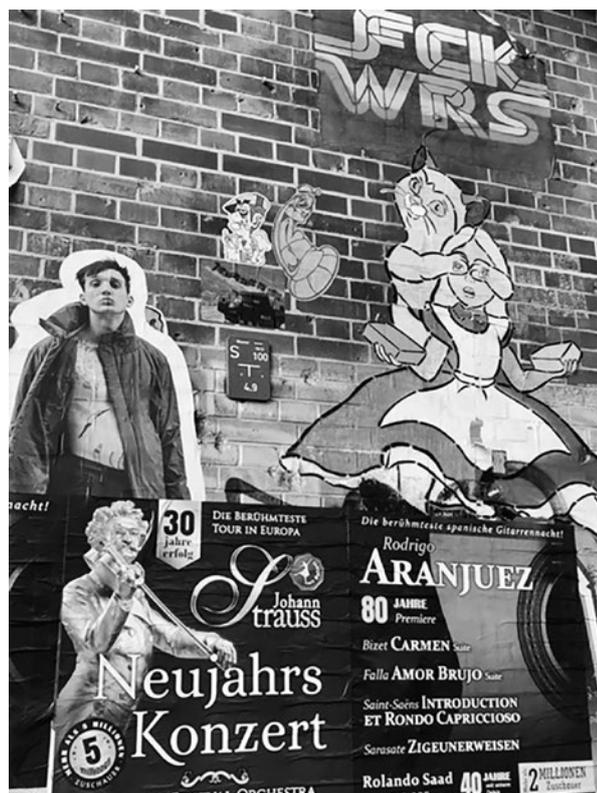
Seit 2010 sollen die Mieten in Berlin verdoppelt sein, in Mitte werden die meisten Berliner WBS-Anträge gestellt, bald könnte der Mietwucher für 5 Jahre stagnieren. Darüber wird zufrieden, erfreut, amüsiert, irritiert, auch verärgert gesprochen. Wer politisch desinteressiert ist, weiß von nichts, begnügt sich mit Gerüchten. Freundlich zurückfragend antwortet die behelmte Frau an der Ampel: „Cool! Wer teuer wohnt, zahlt jetzt 5 Jahre lang weniger Miete?“ Sie radelt los, bevor die Ampel auf Grün schaltet. Nicht mein Problem, sagt der Mann, der sorgsam Äpfel aussucht, wer eine Wohnung braucht, nimmt, was kommt. Zu wenig Neubau, zu

leer der Markt, da wird die Miete nicht sinken. Ach, freut sich der junge Mann, das Warten vor der Badezimmertür geht zu Ende! Zieht die Mit-Mieterin aufs Land, könne er bei Mietminderung die kleine Wohnung auch allein bezahlen. In Mitte neu ist die Krankenpflegerin, die 300 Euro über dem Mietspiegel zahlt. Darauf hatte sie sich wie 340 000 andere bei der Wohnraumsuche eingelassen. Jetzt will sie aus Angst vor dem Vermieter keine Mietminderung verlangen. Einen Tag später langweile ich mit dem Thema Altvertragsmieter, genossenschaftlich, städtisch und privat Wohnende bei einer Geburtstagsfeier. Die winken ab, haben ein langes Mieter-Leben hinter sich, einer erzählt, dass die WBM nach dem Stichtag erfolglos 15 Prozent mehr Kaltmiete verlangt hatte, andere Vermieter sollen da erfolgreicher gewesen sein. Das weiß ich aus der Zeitung.

Berlin-Mitte baut neu, um, auf und aus, repariert und sperrt Brücken, entdeckt und kategorisiert Bodenfundstücke, Postämter

wurden geschlossen, Geschäfte kommen und gehen. Jetzt sind die Bäckerpfannkuchen teurer, auch der Frisör hat wegen Mindestlohn und Gewerbemiete seine Preise erhöht. Schon deshalb käme mir der Mietendeckel gerade recht.

Irene Runge



Mittes Häuserwände – bunt, schrill, einladend

Ein Ende und ein Anfang

Ein Buch von Peter-Rudolf Zoti

Peter-Rudolf Zoti, der 21 Jahre lang der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus angehörte, ist ein Zeitzeuge. Nicht seines Alters wegen – er ist Jahrgang 44 –, sondern weil er sich seit vielen Jahren mit dem Wendeherbst, dem, was davor war und was danach kam, befasst.

Er hat in der DDR u.a. an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften gearbeitet, wurde in Wendezeiten Sekretär der SED-Bezirksleitung, gehörte zu den Geburtshelfern der PDS, hat sich politisch immer eingemischt und nie aufgehört, darüber nachzudenken, warum und wie es zum Zusammenbruch kam und warum aus einem „Wende-Herbst“ ein „Beitritts-Herbst“ wurde. Warum also die zu Beginn des Aufbruchs geforderte demokratische Erneuerung der DDR nicht gelang. Nun hat er seine Überlegungen, Erinnerungen,

Schlussfolgerungen in einem Buch zusammengefasst, das den Titel „Das Ende und der Anfang“ trägt und in dem er sich mit dem Wendejahr 1989/90 und der PDS und Berlin beschäftigt. Berlin nicht nur, weil er hier mittendrin war und mitgestaltet hat. Die einst geteilte Stadt eignet sich bestens dafür, Wende zu erzählen, Geschichte zu bewerten und einzuordnen. Die Zusammenführung zweier Millionen-Metropolen mit völlig unterschiedlichen ökonomischen und politischen Systemen, deren jeweilige Schaufenster sie waren, ist in vielerlei Hinsicht ein Lehr- und Lernstück.

Das Buch beginnt mit einem Essay, endet mit einem Resümee und breitet dazwischen in sechs Kapiteln das historische Panorama einer extrem kurzen, zugleich aber weltbewegenden Zeit aus. Es ist ein persönliches

Buch, wenn auch keine Biografie. Und es ist ein streitbares Buch, denn der Autor tritt uns hier nicht als Historiker entgegen, obwohl das Buch faktenreich und somit auch ein gutes Kompendium ist. Peter-Rudolf Zoti macht aber auch klar, dass er dem und der Lesenden seine Erzählung vorlegt. Beides, die Faktenfülle und das Persönliche, ergeben eine spannende Lektüre.

Kathrin Gerlof



Peter-Rudolf Zoti, „Das Ende und der Anfang. Das Wendejahr 1989/90 und die PDS in Berlin“, Verlag am Park, 332 Seiten, 17 Euro

Aus dem Abgeordnetenhaus

Angriffe auf Rettungskräfte und Polizei – was wir dagegen tun

Die Silvesternacht ist Vielen noch im Gedächtnis und auch Thema im Abgeordnetenhaus. Diesmal ging es jedoch nicht nur um das Böllerverbot, sondern um Angriffe auf Feuerwehrleute, Rettungssanitäter oder Polizistinnen und Polizisten.

Die Opposition von FDP bis AfD hatte wenig zum eigentlichen Problem zu sagen und verwandte die Redezeit lieber dazu, das schon oft gehörte Klagelied über die angebliche Bedrohung durch den Linksextremismus anzustimmen. Dabei ist die Gefährdung von Rettungskräften und Polizei in der Tat ein Problem, dessen sich die Politik in Berlin annehmen muss.

Es war mein Fraktionskollege Niklas Schrader, der aufklärte, dass 90 Prozent solcher Angriffe auf Rettungskräfte und Polizei nicht etwa bei Demos oder Fußballspielen stattfinden, sondern leider in ganz alltäglichen Einsatzsituationen: häusliche Gewalt, Verkehrskontrollen, Personalienüberprüfungen. Häufig seien es Taten im Affekt, oft unter Einfluss von Alkohol oder Drogen. Die Strafen für Widerstandshandlungen sind bereits 2017 durch den Bund deutlich verschärft und die

Tatbestände ausgeweitet worden, ohne dass bisher eine abschreckende Wirkung zu erkennen ist.

Rot-Rot-Grün hat bereits vieles getan, um die Angehörigen von Polizei und Rettungskräften zu schützen. So ist die Personaldecke deutlich verstärkt worden und wird weiter ausgebaut, damit der gegenseitige Schutz gewährleistet und Verstärkung verfügbar ist. Es wurde in neue Schutzausrüstung investiert und die Ausbildung modernisiert, um Überforderungssituationen zu vermeiden. Die Koalition hat auch vereinbart, zukünftig Body Cams zu erproben. Mit diesen vor dem Körper getragenen Kameras sollen Gefahrensituationen aufgezeichnet werden, um das Verhalten von möglichen Angreifer*innen, aber auch der Angegriffenen besser einschätzen zu können. Manche versprechen sich auch eine abschreckende Wirkung, wenn eine Kamera das Geschehen aufzeichnet. Ob das etwas bringt, wird der Test zeigen. Dass wir einen Polizeibeauftragten schaffen, um Verfehlungen der Polizei besser aufklären zu können, und



Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

dass wir die Polizist*innen nicht gewaltsamen Angriffen aussetzen wollen – das sind zwei Seiten einer Medaille, einer deeskalierenden Sicherheitspolitik.

Nicht zuletzt müssen wir über den Zusammenhalt in unserer Stadt reden. Ja, sie wird voller, es wird enger. Aber muss es deswegen auch aggressiver gegenüber denjenigen werden, die uns in Notsituationen zu Hilfe kommen?

Tobias Schulze

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Schulreinigung auch in Mitte kommunal

Die Forderungen nach einer Kommunalisierung der Schulreinigung werden immer lauter. Auch in Mitte sind Mängel in der Schulhygiene seit längerem Thema. Bereits im November 2018 fasste die BVV Mitte den Beschluss, dass das Bezirksamt die Einrichtung eines kommunalen Reinigungsdienstes prüfen möge.

Eine Reaktion darauf blieb bisher aus. In der BVV am 23. Januar 2020 fragten wir nach. Der zuständige Stadtrat für das Facility Management, Carsten Spallek (CDU), wich aus. Das Bezirksamt rechne noch, wie es um die Wirtschaftlichkeit einer solchen Entscheidung stehe.

Woran liegt es, dass die privaten Dienstleister für die Schulreinigung so in der Kritik stehen? In Ausschreibungen haben die Firmen gute Chancen, die ihre Leistung zu Tiefpreisen anbieten. Zwar müssen sich die

Anbieter verpflichten, Tarif zu zahlen, aber wie das gehen soll bei den Tiefpreisen fragt und prüft offenbar keiner nach. Die Folgen sind in den Dreckecken der Schulen zu sehen. In vielen Fällen sind die Reinigungskräfte völlig überfordert, unterbezahlt und selten für ihren Job qualifiziert. Dazu kommen unrealistische Zeitvorgaben für die Reinigung der Schulen. Kein Wunder, dass die Reinigungskräfte oft wechseln.

Was muss sich ändern? Gute Arbeit und gute Qualität müssen gleichermaßen stimmen. Das kann ein öffentlicher Arbeitgeber am besten leisten. Die Tarifbindung des öffentlichen Dienstes ist aber nur die eine Seite. Die Vorgaben für die Reinigung der Schulgebäude müssen gründlich überarbeitet werden, damit überhaupt die Chance besteht, gute Qualität zu erbringen. Wichtig ist auch, dass jede Schule „ihre“ Reinigungskräfte bekommt.

Dann gibt es direkte Ansprechpartner für beide Seiten, auch wenn es mal Probleme gibt. Ganz abgesehen von den pädagogischen Effekten.

Die rot-rot-grüne Koalition im Abgeordnetenhaus hat mit dem Haushalt 2020/21 beschlossen, insgesamt 16 Millionen Euro zusätzlich für die Tagesreinigung der Schulen bereitzustellen. Was tun mit dem Geld? Der Bezirkselfternausschuss Mitte forderte in seinem Beschluss vom 15. Januar 2020, die Schulreinigung an allen bezirklichen Schulen durch eine Tagesreinigung zu ergänzen und dafür bezirkliche Reinigungskräfte anzustellen. Dieser Forderung schließen wir uns an. Es wäre ein guter Anfang.

Übrigens: Der Bezirk Mitte rekommuniziert gerade seine Pförtnerdienste. Geht doch!

Petra Schrader

Das ist das Letzte

Berlin ist eine Mieterstadt. Anderthalb Millionen Haushalte leiden darunter, dass die Wohnung eine Ware ist. Da regeln Angebot und Nachfrage den Preis. Wohl dem, der unter dem Dach einer kommunalen oder sozialen Wohnungsbau-gesellschaft lebt, obwohl die auch rechnen müssen! Berlin hat als Bundeshauptstadt einen starken Zulauf, aber einen zu geringen Zuwachs an Wohnraum. So wuchs der Protest gegen Mietwucher und Verdrängung durch Luxus-Sanierungen.

Nun wird vom rot-rot-grünen Senat, nach viel Streit, ein „Mietendeckel“ für fünf Jahre vorgelegt. Der findet bundesweit starke Beachtung. Aber hier sieht die starke schwarz-gelb-bräunliche Opposition ein rotes Gespenst auferstehen. Wie so oft! Profitbegrenzung für Kapitalanleger! Sozialverträgliche Mieten!

Dabei nehmen der Senat und die linke Senatorin für Stadtentwicklung, Katrin Lompscher, nur das Grundgesetz und die Landesverfassung beim Wort! Ihr Plan hat außerdem alle sachlich begründeten Einwände der Opposition aufgegriffen. Einem AfD-Mann genügte der Zufall, dass dieses Papier 68 Seiten lang ist, für die Anfrage, ob das eine Würdigung der linken Studentenrevolte von 1968 sei.

Die Hausbesitzer und Verwalter wollen Verfassungsrichter einschalten. Doch die Koalitionsregierung hat sich vorher kundig gemacht und bleibt zuversichtlich. Das war für das Gespann von Rot-Rot-Grün ein Kraftakt. Drei Pferde in einer Spur, aber jeder Gaul aus einem anderen Stall und mit eigener Gangart! Da kann der Regierende Bürgermeister, Michael Müller (SPD), schon manchmal die Nerven verlieren. Zumal ihm die Presse nebenbei Umfragen auf den Tisch legt, die ihn zum unbeliebtesten Kutscher aller Großstädte machen. Doch jetzt sollte er schon etwas Stolz zeigen, weil seine Troika mit dem fünfjährigen Mietendeckel eine vorläufige Rettungsgasse zum Schutz der Mieter vor den Miethaien gefunden hat.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss: 28.11.2019**

Ausgabetag für Nr. 03/2020 - 05.03.2020

Profit „uber“ alles

Taxifahrer wehren sich gegen die neoliberale Mietwagen-App

Wenn Unternehmen im Neoliberalismus von „Sharing“ und „Community“ sprechen, steckt immer das gleiche dahinter: Die Zerstörung von öffentlichem Eigentum und Regulierung, um die Bahn frei für die private Profitaneignung zu machen.



Ein besonders schamloses Beispiel hierfür ist das kalifornische Unternehmen „Uber“, das seit 2014 auch in der BRD aktiv ist. Uber präsentiert sich selbst als reiner Dienstleister, der eine Smartphone-App zur Vermittlung zwischen Fahrgästen und selbständigen Fahrern zur Verfügung stellt. In der Praxis aber handelt es sich um eine Mietwagenfirma ohne Konzession, die sämtliche Kosten für Fahrzeuginstandhaltung, Benzin, Krankenversicherung usw. an Subunternehmer auslagert. Da Uber formell gesehen kein Taxidienst ist, muss es sich auch nicht an die Vorschriften für Taxis halten (z. B. Beförderungspflicht, Abdeckung des gesamten Stadtgebiets). Dadurch kann Uber besonders in den Stadtzentren Kampfpreise anbieten und die Konkurrenz aus dem Taxigewerbe verdrängen. Ziel ist es,

als Monopolist in einem unregulierten, nur nach Profitabilitätskriterien funktionierenden Markt zu agieren. Sozial nachhaltige Mobilität ist so nicht möglich. Seit Jahren sind in vielen Ländern Proteste und Gerichtsurteile gegen Uber zu verzeichnen. Im Dezember be-

urteilte auch das Landgericht Frankfurt/M. das Geschäftsmodell als rechtswidrig. Die Taxi Deutschland eG, deren Klage dem Urteil zugrunde lag, ließ das Urteil persönlich den Uber-Anwälten zustellen. Zuletzt hatte das Unternehmen nämlich Mitte 2019 die Annahme eines ähnlichen Urteils des Landgerichts Köln verweigert – wegen der mangelnden Deutschkenntnisse der Mitarbeiter in der Amsterdamer Firmenzentrale!

Uber wird nun versuchen, mit leichten Anpassungen weiter zu arbeiten wie bisher. Taxi Deutschland will daher Verstöße durch die Firma sammeln. Jede weitere durch die Uber-App gebuchte Fahrt kann jetzt mit einem Ordnungsgeld belegt werden – in der Spitze bis zu 250.000 Euro pro Fahrt. Dass der Widerstand funktioniert, zeigte erst kürzlich das Beispiel Kolumbien: Nach wiederholten Verstößen gegen die nationalen Wettbewerbsbestimmungen musste Uber seine Aktivität dort seit Januar komplett einstellen.

Markus Wollina

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- zum 96. Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer
- zum 93. Eva Gumpel,
- zum 91. Edith Kehr, Hans-Joachim Buchwald
- zum 90. Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 88. Katharina Prosetzky
- zum 87. Erna Funk, Ulla Plener, Hildegard Rutekolk, Günter Fuhrmann
- zum 86. Werner Vogel
- zum 85. Günter Poppe
- zum 84. Käthe Wetzel, Rolf Richter
- zum 83. Rosemarie Giese, Helmut Möller, Siegfried Wein
- zum 81. Ruth Mütze, Gerhard Retzke
- zum 70. Michael Miedbrodt